



DEMOKRATIE- VERACHTUNG DER REGIERUNG

Bild: Metropolico

In Thüringen kann man die Abkehr von der Demokratie fast wie im Zeitraffer beobachten. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde in Thüringen eine demokratische Ministerpräsidentenwahl auf Druck des politisch-medialen Establishments und der Bundeskanzlerin rückgängig gemacht. Dass Merkels Intervention verfassungswidrig war, blieb trotz Urteil des Bundesverfassungsgerichts ohne Folgen. Im Gegenteil: Auch die Neuwahlversprechen wurden gebrochen, weil allen Altparteien im Verhältnis zur AfD große Verluste gedroht hätten.

Ramelows Minderheitsregierung kann ohne demokratische Mehrheiten regieren, weil die vorhandene Mehrheit der Opposition nicht im Interesse ihrer Wähler zusammenarbeiten darf. Diese Botschaft haben die Thüringer FDP und CDU gut verstanden. Um welche Krise es auch geht: Notfalls pfeift man lieber auf sein Wahlprogramm, als das eigene Karriereende zu riskieren. Egal ob Asylpolitik, Windkraftausbau oder die Beseitigung elementarer Grundrechte in der Corona-Zeit – diese »Oppositionellen« ducken sich weg. Sie

werden lieber zu Mehrheitsbeschaffern für eine Politik, die in Thüringen abgewählt wurde. Wer sich wie »Querdenker« oder AfD nicht an die zahlreichen Denk- und Sprechverbote hält, kann noch so friedlich sein. Er macht in Thüringen Erfahrungen, die vor ein paar Jahren noch

undenkbar erschienen: Das Versammlungsrecht wird für ihn abgeschafft. Plakate werden beschlagnahmt. Richter, welche die politisch »falschen« Entscheidungen treffen, werden strafrechtlich verfolgt und aus dem Dienst entfernt. Neu eingeführte Berufsverbote führen zur sozialen Existenzvernichtung von Oppositionellen. Die sozialen Medien werden zensiert. Bei

BILD, MDR oder im Funke-Medien-Konzern findet man kaum neutrale Beiträge über echte Oppositionelle. Stattdessen wird wie in den DDR-Medien von der angeblichen Gefahr durch Bürgerbewegungen wie Freies Thüringen schwadroniert. Betroffene kriegen nicht mal die Gelegenheit, sich zu äußern.

politische Gegner und deren Familienangehörige mit Äxten, Hämmern und Totschlägern überfallen. Während in Ungarn ein solches deutsches Schlägerkommando binnen weniger Stunden festgenommen wurde, bleiben diese Taten in Thüringen ebenso unaufgeklärt wie eine linksextreme Terrorbrandserie. Zufall? Wohl kaum! Linksextreme Gewalttäter müssen unter Maier in Thüringen keine Strafverfolgung befürchten.

Trotzdem: Solange echte Opposition nicht verboten ist, lohnt sich der Einsatz für die Rückkehr zur Demokratie. Was viele nicht wissen: Schon bei knapp über 30 Prozent Stimmenanteil bei der nächsten Wahl ist die Totalausgrenzung von AfD-Wählern nicht mehr möglich. Unsere Demokratie wird nicht in Berlin wiederhergestellt, sondern bei uns – im Osten!

Stefan Möller



**Folgen Sie
uns auf
Telegram!**

Der »Putsch von oben«

Seit langem hat sich in Deutschland eine abgehobene Schicht von Berufspolitikern gebildet, die kaum noch einen persönlichen Bezug zu der Lebenswirklichkeit der einfachen, hart arbeitenden Bevölkerung hat. Sie verstehen den Bürger nicht mehr, denken nur an den eigenen Vorteil oder an die rücksichtslose Durchsetzung wahnwitziger Ideologieprojekte wie Windindustriearausbau, Genderismus oder Multikulti. Entsprechend groß ist der Vertrauensverlust, den die demokratischen Institutionen verzeichnen. Diese Skepsis ist mehr als berechtigt: Gerade in Thüringen sehen wir, wie Parteien sich den Staat zur Beute machen und wie hinter der mühsam aufrechterhaltenen demokratischen Fassade der Rechts- in einen Linksstaat umgebaut wird. Für diese Demokratieverächter ist die AfD-Fraktion im Landtag daher ein echter Spielverderber, denn wir decken deren Machenschaften auf. Deswegen versuchen sie, die AfD auszugrenzen, zu kriminalisieren und durch Masseneinwanderung und schnelle Einbürgerung die Zusammensetzung des Wahlvolkes zu verändern. Das ist aber nichts anderes als ein »Putsch von oben«!



Kommentar von Björn Höcke



Typischer Besser-Wessi mit autoritärem Führungsanspruch: Georg Maier, SPD-Innenminister

Waffenbesitzer mit »falschen« politischen Ansichten lässt SPD-Innenminister Georg Maier schikanieren, indem er das Waffenrecht als politisches Nebenstrafrecht missbraucht. Sein Inlandsgeheimdienst bespitzelt Oppositionspolitiker mit Methoden, die bei Schwerstkriminellen nur auf richterlichen Beschluss möglich sind. Währenddessen werden durch Linksextremisten

Waffenbesitzer mit »falschen« politischen Ansichten lässt SPD-Innenminister Georg Maier schikanieren, indem er das Waffenrecht als politisches Nebenstrafrecht missbraucht. Sein Inlandsgeheimdienst bespitzelt Oppositionspolitiker mit Methoden, die bei Schwerstkriminellen nur auf richterlichen Beschluss möglich sind. Währenddessen werden durch Linksextremisten

In bester Gesellschaft

Die Beobachtung durch den »Verfassungsschutz« wird gern als Argument für den Ausschluss der AfD aus der politischen Debatte herangezogen. Schaut man aber auf die Biografien deutscher Politiker der Altparteien, so befindet sich die AfD hier in »bester Gesellschaft«: Egal ob als »Jugendsünde« während der Studentenzeit oder schon als Mandatsträger im Bundestag, der Kontakt mit dem »Verfassungsschutz« ist ihnen nicht fremd.

Das prominenteste Beispiel bekleidet heute das höchste Amt in unserem Staat: Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier**. Als Jura-Student schrieb er bis 1984 für die Zeitschrift »Demokratie und Recht«, die wegen ihrer linksextremistischen Beiträge vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Damals galten diese Tendenzen noch nicht als salonfähig und Steinmeier musste um seine Karriere fürchten. Ebenso wenig aus innerer Überzeugung, als vielmehr um seine Zukunft als Lehrer nicht zu gefährden, verabschiedete sich der heutige Ministerpräsident Baden-Württembergs, **Winfried Kretschmann**, aus maoistisch-marxistischen Kreisen. Über seine Aktivitäten in den 1970er-Jahren legte das Landesamt für Verfassungsschutz eine immerhin 50-seitige Akte an.

Auch Ex-Außenminister »**Joschka**« **Fischer** blickt auf eine bewegte links-extremistische Jugend zurück. Bis 2001 galt seine Polizeiakte als »verschollen«. Die Anklage 1976 lautete auf Landfriedensbruch und versuchten Mord an einem Polizisten. Alles alte Geschichten? Es geht auch aktueller: Zwischen 2007 und 2013 standen insgesamt 27 Abgeordnete der Bundestagsfraktion der Linken unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, darunter der Thüringer Ministerpräsident **Bodo Ramelow**, die Bundestagsvizepräsidentin **Petra Pau** und **Gregor Gysi**. Gescha-det hat es ihrer Karriere offensichtlich nicht – denn mittlerweile ist Linksextremismus bei unseren Regierungen akzeptiert.



Gleich nach der Bildung der ersten rot-rot-grünen Regierung installierte die SPD einen Politfunktionär an der Spitze des Landesamtes für Verfassungsschutz: Stephan Kramer. Dieser verfügt allerdings nicht über die eigentlich verlangte juristische Qualifikation für das Amt. Das Thüringer Verfassungsschutzgesetz bestimmt nämlich, dass der Präsident der Behörde über die Befähigung zum Richteramt verfügen soll, was auf Kramer nicht zutrifft. Im Laufe seiner Dienstzeit bewies er wiederholt, dass er sich auch an keine Neutralitätspflicht gebunden fühlt. Als Mitglied im Stiftungsrat der vom Stasi-Spitzel Anetta Kahane gegründeten Amadeu-Antonio-Stiftung ist er eng mit der linksextremistischen Szene vernetzt. Diese Kanäle nutzte er auch für seinen privaten Vorstoß, als er im August 2018 die AfD bei einer Pressekonferenz zum »Prüf-fall« erklärte – ein bis dahin in der ganzen Geschichte des Verfassungsschutzes einzigartiger Vorgang. Wegen der verleumderischen Wirkung eines öffentlich geäußerten Verdachts ist für Behörden in solchen Fällen von Rechts wegen Zurückhaltung geboten. Das stieß auch intern auf massive Kritik: Mitarbeiter des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz sahen das Ansehen der Behörde gefährdet. Dabei ging es vor allem auch um die schlechte Qualität der Recherchen und Kramers eigenmächtige Hinzuziehung von amtsfernen linksextremis-

tischen Zuträgern. Der eigentlich dafür zuständige Ressortleiter wurde übergangen. Die Thüringer Materialsammlung war so mangelhaft, dass selbst das starker politischer Einflussnahme unterliegende Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sie nicht in seine Auswertung übernehmen wollte.

Ein Parteisoldat als Geheimdienstchef

Als 2021 die Bundestagswahl anstand, war es für Kramer auch kein Widerspruch, noch während seiner Dienstzeit an Wahlkampf zu denken: Erst nach großen Protesten zog er seine Bundestagskandidatur für die SPD zurück. Sichtlich beleidigt kommentierte er seinen Rückzug damit, er habe Grund zur Annahme, »dass antidemokratische Kräfte versuchen, meine Kandidatur als mit meinem Amt als Präsident des Amtes für Verfassungsschutz in Thüringen für unvereinbar darzustellen«.

Veröffentlichung wird zum Eigentor

Innenminister Georg Maier setzte Kramers Behörde offenbar unter Zugzwang: Nachdem jahrelang von der AfD als »Verdachtsfall« die Rede gewesen war, musste nun endlich aus politischen Gründen ein vernichtendes Urteil über die unbequeme Partei erfolgen. Das Problem war nur, dass man in all den Jahren einfach nicht genügend belastendes Material zusammenbekommen hatte, das einer gerichtlichen Prüfung standhalten würde. So kam der lange

erwartete Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2021 sehr spät und beinhaltete so viele Mängel, dass es offensichtlich selbst Maier zu peinlich war, diese Veröffentlichung im Rahmen einer Pressekonferenz zu präsentieren. Eine stichhaltige Begründung für die Stigmatisierung der Partei, die inzwischen sämtliche Wahlumfragen im Land anführt, sucht man in diesem Pamphlet vergebens. »Die bereits vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte, wonach sie sich als Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, haben sich in der Folge zu einer Gewissheit verdichtet«, heißt es da lapidar. Worin nun genau diese Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung – also der Abschaffung unseres Staatswesens, wie wir es kennen – liegen sollen, wird nicht erwähnt. Es bleibt eine leere Behauptung. Die AfD sitzt ja nun in der zweiten Legislaturperiode im Landtag: Gab es irgendwelche Anträge, die zur Aushebelung unserer Verfassung führen sollten? Nichts dergleichen findet man im Verfassungsschutzbericht. Stattdessen beschäftigt sich der Bericht inhaltlich überwiegend mit fragwürdigen Interpretationen von Facebookbeiträgen.

Fehlende Kontrolle

Grundsätzlich ist es einer Demokratie unwürdig, dass ein Geheimdienst eine demokratisch gewählte Opposition überwacht. Deswegen unterliegt der Verfassungsschutz

einer besonderen Kontrolle: Es soll verhindert werden, dass eine solche Institution von einer Regierung aus rein parteipolitischen Gründen instrumentalisiert wird. So viel zur Theorie – tatsächlich haben die dafür vorgesehenen Sicherungssysteme in den letzten Jahren zunehmend versagt. Beispielsweise war es geltende Rechtslage, dass die Fraktion einer Oppositionspartei entsprechend dem Wahlergebnis in dem parlamentarischen Kontrollgremium vertreten sein muss. Das wird der AfD in Thüringen seit nunmehr neun Jahren verwehrt. Dass die heutigen Blockparteien damit das Recht verbiegen, was auch vom Verfassungsgerichtshof festgestellt wurde, interessierte neben Rot-Rot-Grün auch die CDU nicht: Inzwischen hat der Landtag das entsprechende Gesetz geändert, so dass die AfD-Fraktion nicht mehr an der Geheimdienstkontrolle beteiligt werden muss.



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 600.000 Stück

@afd-thl

www.afd-thl.de

@afd-landtags-tv



Schlimmer als 2015!



Die Eskalation der Asylkrise

Bild: iStock / vichinterlang

Schauen Sie dazu das Video:



schen müssen irgendwo untergebracht werden.

Mehr Zuwanderung als im Jahr 2015

Wie MDR Thüringen am 3. Januar 2023 berichtete, hat Thüringen im Jahr 2022 über 38.000 Menschen aus dem Ausland aufgenommen. Neben 6.000 Asylbewerbern aus dem arabischen Raum und aus Afrika waren das auch 32.000 über die »Ukraine-Route« Zugewanderte. Darunter auch Großfamilien bulgarischer, rumänischer und ukrainischer Roma, die nach Angaben der »Thüringer Allgemeinen« jeweils aus 50 bis 80 Personen bestehen. Diese Men-

Zum Vergleich: Im Jahr der größten Asyleinwanderung 2015/16 zählte Thüringen laut MDR Thüringen »nur« 29.600 sogenannte »Flüchtlinge«. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen: In den Kommunen gibt es kaum noch ausreichenden Wohnraum. Sie werden verpflichtet, Einwanderer aufzunehmen. Wie in Schwabungen im Landkreis Schmalkalden-Meiningen werden dazu Gemeinschaftshäuser und Sporthallen beschlagnahmt und Schüler haben keinen Sportunterricht mehr.

Werden demnächst Privatwohnungen beschlagnahmt?

Künftig könnten auch private Wohnungseigentümer dazu verpflichtet werden, Einwanderer bei sich unterzubringen. Die dazu nötige Gesetzesgrundlage ist gegeben. Dass Kommunen nicht davor zurückschrecken, für die Unterbringung von Asylanten auch langjährigen Mietern zu kündigen, zeigt aktuell der Fall in Lörrach. Doch die Massenzuwanderung hat nicht nur Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Es häufen sich verstärkt in den Städten Diebstahl- und Einbruchdelikte, die oft auch von eingereisten Roma ausgehen. Vor allem Händler

sind davon betroffen, bald werden es auch Grundstückseigentümer und Mieter sein.

Kollabiert unser Sozialsystem?

Schon jetzt stellen Menschen mit Migrationshintergrund mit 59 Prozent die Mehrheit der Hartz-IV-Empfänger — und das bei einem Bevölkerungsanteil von 27 Prozent. Die niedrigen Renten von Ukrainern führen zudem zu Aufstockungen durch die deutsche Grundsicherung von etwa 300 Euro monatlich pro Person.

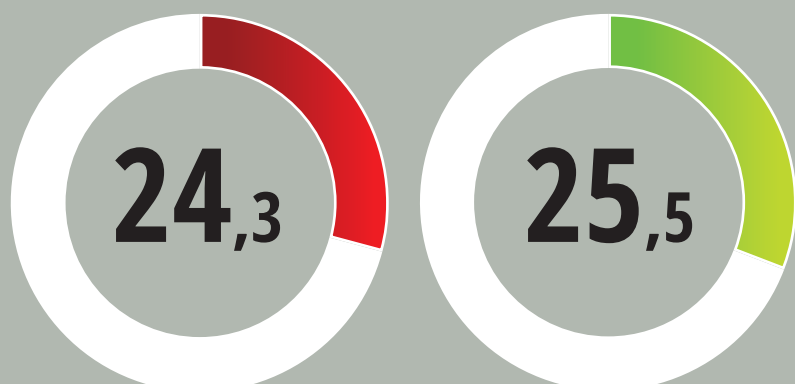
Es ist absehbar, dass die deutschen Sozialversicherungssysteme der Kostenlast von Miet- und Nebenkostenzahlungen

für Menschen, die ihrerseits nie etwas in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben, nicht mehr lange standhalten werden.

Die Kosten für diese Versorgung werden von den Steuereinnahmen des Staates getragen. Während die Zahl der Transferleistungsbezieher sprunghaft steigt, sinkt die Zahl der Netto-Steuerzahler kontinuierlich. Eine solche Risikobilanz kann sich keine Versicherung der Welt leisten.

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag setzt sich gegen den Missbrauch des Asylrechts durch Sozialzuwanderung und für eine sofortige Entlastung der überforderten Kommunen ein.

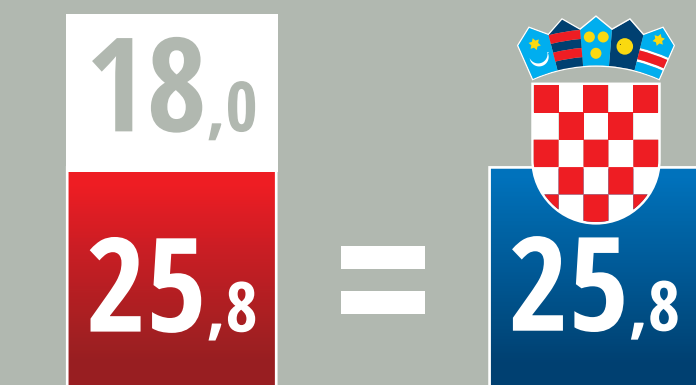
Bevölkerungsvergleich in Deutschland (in Millionen)



Quelle: Statistisches Bundesamt

»Bürgergeld« 2023 (in Milliarden Euro)

Bezieher ohne ■ und mit ■ Migrationshintergrund



Veranschlagte Kosten im Bundeshaushalt

Staatshaushalt Kroatiens

Quelle: Servicestelle SGB II

Landeshaushalt Thüringen:

Das kann man sich auch sparen!

Verpassen Sie dazu nicht das Video:



MÖGLICHE EINSPARUNGEN:

Verwaltungsaufgaben: - 78 Mio.
 Migrationenaufgaben: - 39,4 Mio.
 »RRG gegen Andersdenkende (Ideologieprojekte): - 5 Mio.
 »Klimaprojekte: - 35,9 Mio.
 »Klimafolgekosten: - 11 Mio.
 Zuschüsse für »GrünTech-Agentur«: - 3,5 Mio.
 Allgemeine Reisekosten: - 4 Mio.
 Sachverständige und Gerichtskosten: - 6 Mio.
INSGESAMT: - 182,8 Mio. Euro
 (allein für diese Punkte!)

Trotz zähen Ringens um den Haushaltsentwurf für 2023 blieb letztlich alles beim Alten – wenngleich zahlreiche Scheingefechte zwischen der rot-rot-grünen Landesregierung und den Christdemokraten den Anschein der Besserung erwecken sollten. Auch die Tilgung der Schulden aus Corona-Zeiten, die sich auf über eine Milliarde Euro belaufen, wird noch auf sich warten lassen.

Keine Mittel für Schuldentilgung

Etwa 157 Millionen Euro hätten 2023 abgetragen werden sollen, um zukünftigen Generationen diese Last von den Schultern zu nehmen, aber dafür sind im Haushaltsplan keine Mittel vorgesehen. Die CDU brachte zwar einige zahme Vorschläge ein, wie man im Bereich der Leistungen für abgelehnte Asylbewerber sparen könnte und befand sich damit auf dem

richtigen Weg. Nachdem sich die CDU allerdings wieder einmal hinter verschlossenen Türen mit der Minderheitsregierung geeinigt hatte, blieb von diesen Vorschlägen nicht viel übrig.

Für Ideologieprojekte ist immer Geld da

Stattdessen stehen nun wieder die bevorzugten rot-rot-grünen Ideologieprojekte im Mittelpunkt des Haushalts, zu denen man sowohl die Förderung der Masseneinwanderung sowie die Unterstützung diverser »Demokratieinitiativen« zählen darf. Schaut man sich Veranstaltungstitel wie »Lieber schräg tanzen als quer denken!« an, so wird rasch deutlich: Die Ziele »Meinungsvielfalt« und »Förderung der Zivilgesellschaft« werden hierbei meilenweit verfehlt, denn es geht nicht um Pluralität, sondern um die Erziehung der Thüringer zum Konformismus.

Die »Demokratieprojekte« sind nichts anderes als ein Sprachrohr der Landesregierung im »Kampf gegen Rechts«, gegen die Forderung nach Einhaltung der Grundrechte und natürlich gegen jegliche Kritik an den Folgen der Migrations- und Klimapolitik.

Kosten der Masseneinwanderung ...

Für diese ist dann auch im neuen Haushalt wieder ein großer finanzieller Batzen vorgesehen: Allein für die Unterbringung und Betreuung von Migranten werden 136 Millionen Euro veranschlagt, denn ein Ende der von der Landesregierung ausgerufenen »Willkommenskultur« ist nicht in Sicht. Hierbei sind die Auswirkungen auf die Thüringer Bürger, die sich schwer in Zahlen fassen lassen, noch nicht einmal berücksichtigt. Dazu zählt auch eine massive Beeinträchtigung des Vereinslebens, da längst wieder Sporthallen zur Unterbringung von Migranten genutzt werden.

Aber die AfD-Fraktion kritisiert diese Zustände nicht nur, sondern setzte den Plänen der Landesregierung und ihrer Verbündeten in der CDU einen eigenen Haushaltsentwurf entgegen. Für uns stehen dabei vor allem die Interessen der Thüringer im Vordergrund, aber auch die Transparenz des Haushalts.

AfD-Fraktion: Thüringen zuerst!

Was wir Thüringer brauchen, ist eine familienfreundliche, zukunftsorientierte Politik, die auch den Erhalt unserer Infrastruktur mit einschließt, so etwa die Instandhaltung von Sportstätten und Schulgebäuden. Unsere »Willkommenskultur« soll vor allem dem demografischen Wandel entgegenwirken: Thüringen soll das familienfreundlichste Bundesland werden! Anstatt ideologisch motivierte Projekte finanziell zu unterstützen, wollen wir diese Millionenbeträge nutzen, um junge Menschen zur Familien-

gründung zu ermutigen. Junge Paare sollen sich keine Sorgen machen müssen, ob sie sich ein Kind »leisten« können, deshalb wird es mit uns ein Begrüßungsgeld für jedes Kind in Höhe von 2.500 Euro geben sowie einen Schülerbonus von 20 Euro monatlich. Eltern sollen die Gewissheit haben, dass ihr Nachwuchs in einem gut ausgebauten Bildungssystem auf seinen Start ins Leben vorbereitet wird, in Schulen, die modern ausgestattet sind und sich in einem guten Zustand befinden. Wir fordern ein Ende der sinnlosen »Klimapolitik«, denn wichtig für nachfolgende Generationen ist der Erhalt des Thüringer Mittelstands und der Industrie durch eine effiziente Energiepolitik. Thüringen soll vor allem für die Thüringer ein lebenswertes Umfeld bieten und nicht zum Spielplatz für rot-rot-grüne Klima- und Einwanderungsexperimente werden.

Dafür stehen wir mit unserem alternativen Haushaltsentwurf!



DU zählt!

WIR SUCHEN DIE HELDEN DES ALLTAGS!

ALTERNATIVER DEMOKRATIEPREIS

Wer setzt sich in besonderer Weise für das Gemeinwesen in deiner Region ein? Welcher örtliche Verein verdient besondere Unterstützung? Es können engagierte Einzelpersonen, aber auch Initiativen, Vereine und Verbände sowie regionale Projekte nominiert werden. Kennst du jemanden, der sich in besonderer Weise für die Demokratie starkmacht? Dann reiche bis zum **→ 31. März 2023** deinen Vorschlag ein und begeistere Freunde und Bekannte für eine Teilnahme. Die Preise sind mit **3.000, 2.000 und 1.000 Euro** dotiert und die Preisverleihung findet Ende April im Thüringer Landtag statt.



Bitte QR-Code einscannen und ausfüllen – oder die Nominierung einsenden an:

demokratiepreis@afd-thl.de

DU
DEMOKRATIE von UNTEN